

GEMEINDERAT



Geschäft No. 4118A

Postulat betreffend Armutsbericht

Bericht an den Einwohnerrat
vom 27. Mai 2014

Inhalt	Seite
1. Ausgangslage	3
2. Erwägungen	3
3. Antrag	5

1. Ausgangslage

Mit Postulat vom 23.01.2013 beantragt die SP-Fraktion des Einwohnerrates vom Gemeinderat, einen Armutsbericht zu erstellen.

Anlässlich seiner Sitzung vom 27. Februar 2013 hat der Gemeinderat dieses Postulat behandelt und er kam zum Schluss, dem Einwohnerrat zu beantragen, das Postulat nicht entgegenzunehmen.

Das Postulat wurde am 13. November 2013 im Einwohnerrat behandelt:

Der Antrag, einen Armutsbericht explizit für Allschwil zu erstellen oder erstellen zu lassen, wurde sowohl unter Einbezug von inhaltlichen wie auch monetären Aspekten debattiert und mit 18 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

An der Einwohnerratssitzung vom 9. April 2014 erstattete der Gemeinderat ausführlich und schriftlich Bericht und kam dabei zum Schluss, dass eine Armutsstudie für die Gemeinde wertvoll wäre; in Anbetracht der aktuell angespannten Finanzlage der Gemeinde jedoch davon Abstand genommen werden sollte. Er beantragte, das Postulat Nr. 4118 als erledigt abzuschreiben.

Der Einwohnerrat folgte diesem Antrag nicht und belies das Postulat mit 24 Nein- zu 10 Ja-Stimmen als Pendeuz.

2. Erwägungen

Die Kernvoten der Beratung des Postulats anlässlich der oben genannten Einwohnerratssitzung vom 9. April 2014 sind nachstehend zusammengefasst:

- Es ist bemerkenswert, dass im Bericht des Gemeinderats steht, dass es klar ist dass ein Armutsbericht angesagt ist. Gerade in dieser finanziell angestregten Lage ermöglicht ein Armutsbericht eine Armutsbekämpfung.
- Ein Armutsbericht ist auch ein taugliches Mittel, um Armut präventiv zu bekämpfen. Er liefert Kennzahlen und ist zugleich ein Planungsinstrument. Es gibt Momente, wo man Geld in die Hand nehmen muss. Wenn man wirtschaftlich denkt, dann muss man dieser Armutsstudie zustimmen.
- Es ist ein Armutszeugnis, wenn die Gemeinde CHF 70 Mio. für ein Schulhaus ausgibt, aber keine Armutsstudie finanziert. Es soll für das Wohlbefinden der ganzen Bevölkerung gesorgt sein in Allschwil. Es soll eine attraktive Gemeinde sein für alle und nicht nur für ein paar, die es sich leisten können.
- Eine Armutsstudie ist wirklich auch eine Zukunftsinvestition. Es ist auch ein Steuerungsinstrument, indem man im Voraus weiss, wo die wunden und heiklen Punkte sind. Man muss nicht nur hintendrein wie die Feuerwehr kommen und die Folgekosten tragen. Die Folgekosten sind meistens immer höher. Es muss nicht die Luxusvariante für CHF 250'000 sein. Man könnte das mit der Uni Basel durchziehen für CHF 40'000 und dann hätte die Gemeinde ein sehr sinnvolles und gutes Steuerungsinstrument.
- Die vorliegenden Kennzahlen sowie die Studie vom Bund, von der Caritas und von Basel-Stadt sind Grundlagen genug, dass Armut existiert und bekämpft werden muss. Alle zeigen im Endeffekt das gleiche Resultat auf. Die gleichen Erkenntnisse sind auch für Allschwil gültig. Anstatt noch eine eigene Studie in Auftrag zu geben, sollte die Gemeinde bemüht sein, den Betroffenen Unterstützung zu geben, durch Eigenleistung das zu erreichen, was ihren Vorstellungen und Fähigkeiten entspricht.

- Mit einem Postulat wird nichts anderes verlangt, als dass der Gemeinderat prüfen und berichten soll. Das hat er gemacht und er ist mit guten Gründen zum Schluss gekommen, dass er zurzeit von einem Armutsbericht absehen möchte.
- In Anbetracht der Sozialhilfekosten, die auf die Gemeinde zukommen und dessen was im Armutsbericht steht, sollte das Postulat besser stehen gelassen werden. Auf Dauer hilft es nur, wenn ganz klare Zahlen zur Verfügung stehen. Und dann gibt es auch noch die versteckte Armut, die nicht zu sehen ist. Bei der evangelisch-reformierten Landeskirche gibt es das Thema der versteckten Armut. Vielleicht könnte man zusammen eine Studie in Auftrag geben. Wenn mit einer Investition von CHF 60'000 die Sozialhilfeausgaben reduziert werden können, dann haben wir schon viel gewonnen, dann haben die CHF 60'000 locker Platz.
- Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Die eine ist, das Elend zu verwalten. Das ist eine ökonomisch und menschlich ungünstige Situation. Die andere Möglichkeit ist proaktiv zu werden. Proaktiv ist der Gemeinderat z.B. mit der Fachstelle für Arbeitsintegration. Das ist eine hervorragende Möglichkeit, um menschlich bessere Verhältnisse zu schaffen und um ökonomisch die Situation zu verbessern. Es würde helfen, wenn im regulären Geschäftsbericht des Gemeinderats immer auch Aussagen zur Armut und zu einer proaktiven Massnahmeplanung kommen.
- Es besteht der Eindruck, dass auf der Gemeinde die Armut zu viel verwaltet wird und zu wenig Analysen und Massnahmen aufgezeigt werden. Mit einer verwaltungsinternen Massnahmestudie soll die Gemeinde vermehrt Massnahmen aufzeigen um die Armut zu bekämpfen.
- Es wird geschrieben, was die Studien kosten, nicht aber eine Referenz, was man dadurch einsparen kann. Es fehlen Antworten darauf, was man langfristig einsparen kann. Es ist massgeblich zu sehen, was ausgegeben und was damit eingespart wird. Es braucht keine externe teure Lösung, sondern es soll eine gemeindeinterne Lösung gefunden werden.
- Verwaltungsintern erfolgten in den letzten Jahren erfolgreiche Anpassungen und diese werden weiter verbessert. Man erkennt Probleme und reagiert darauf. Die Ablösungen von der Sozialhilfe wurden mit dem neuen Intake-Verfahren und der Fachstelle für Arbeitsintegration beschleunigt, was dazu geführt hat, dass die Kostenentwicklung im 2013 das erste Mal stabilisiert werden konnten.
- Es wird vorgeschlagen, Herrn Prof. Dr. U. Mäder an eine Einwohnerratssitzung einzuladen, damit er etwas dazu sagen kann, was hinter einer Armutsstudie steht und was eine solche bringen kann.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus den Voten des Einwohnerrates nicht klar erkenntlich ist, ob eine Mehrheit des Einwohnerrates das Erarbeiten einer Armutsstudie durch eine externe Arbeitsstelle (Uni Basel oder andere Institution) oder aber „in-house“ durch die Hauptabteilung Soziale Dienste – Soziales wünscht. Dass eine Mehrheit des Einwohnerrates das Erarbeiten einer Armutsstudie grundsätzlich gutheisst, lässt sich dem Umstand entnehmen, dass der Einwohnerrat das Postulat, entgegen dem Bericht des Gemeinderates vom 19. März 2014, nicht abgeschrieben hat.

Der Gemeinderat kontaktierte Herrn Prof. Dr. U. Mäder und besprach mit ihm am 30. April 2014 ausführlich mögliche Inhalte, Strukturen, Nutzen und allfällige Kosten eines Armutsberichtes spezifisch für die Gemeinde Allschwil.

Aufgrund einwohnerrätlichen Beratung vom 9. April 2014 entschied der Gemeinderat, dem Einwohnerrat zu beantragen, dass das Soziologische Institut der Universität Basel unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. U. Mäder eine Armutsstudie für die Gemeinde Allschwil mit einem Kostendach von CHF 60'000.00 erstellen soll. Gründe dafür sieht der Gemeinderat u.a. darin, dass Allschwil von seiner Grösse her ideale Voraussetzungen für eine eigene Studie hat. Spannend ist für den Gemeinderat zudem auch die Frage, woher in der Gemeinde der starke

soziale Zusammenhalt unter der Bevölkerung stammt. Die Studie soll auch versuchen, 10, 15 Jahre bezüglich der sozialen Entwicklungen voraus zu antizipieren. Weiter ist vom Gemeinderat auch erwünscht, dass mit dieser Studie ein Diskussions-Prozess lanciert wird, in dem u.a. als zusätzlicher Nutzen erkannt werden wird, was im sozialen Bereich der Gemeinde Allschwil bereits alles geleistet wird.

Ohne sich bereits festzulegen, sieht der Gemeinderat zwei mögliche Teile einer Studie: einen allgemeinen, konventionellen Teil und einen spezifisch auf Allschwil ausgerichteten Teil. Zudem soll ein Instrument erarbeitet werden, mit dem auch später mit wenig Aufwand neue Erhebungen durchgeführt werden können.

Bezüglich eines verwaltungsintern erstellten Armutsberichts, sieht der Gemeinderat die Gefahr, dass ressourcenbedingt eine spezifische Untersuchung zu den Allschwiler Verhältnissen nicht möglich ist und es somit an der nötigen Aussagekraft des Berichtes fehlt.

Prof Dr. U. Mäder ist gerne bereit, dem Einwohnerrat persönlich über die Armutsstudie für Allschwil, die gegebenenfalls sein Institut erstellen würde, zu berichten und Fragen der Einwohnerratsmitglieder direkt zu beantworten. Entsprechend wurde er für die Sitzung des Einwohnerrates auf Dienstag, den 17. Juni 2014, eingeladen.

3. Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat

zu beschliessen:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, beim Institut für Soziologie der Universität Basel eine Armutsstudie spezifisch für die Gemeinde Allschwil in Auftrag zu geben.
2. Der Einwohnerrat genehmigt für die Erstellung der Armutsstudie ausserordentlich und einmalig anfallende Kosten in der Höhe vom max. CHF 60'000.00 (Kostendach) als Nachtragskredit zu Lasten dem Budget 2014, Konto Nr. 5720-3130.61.
3. Das Postulat Nr. 4118 wird als erledigt abgeschrieben.

GEMEINDERAT ALLSCHWIL

Präsidentin: Verwalter:

Nicole Nüssli-Kaiser Dieter Pfister